

<p align="center">Offenes Verfahren Nr. 2026-04/188 über die Rahmenvereinbarung zur Baumpflege auf städtischen Liegenschaften der Stadt Hamm</p>

Inhaltsverzeichnis

A.1	Allgemeines / Gegenstand der Ausschreibung.....	3
A.2	Form und Inhalt des Angebotes	3
	A 2.1 Anforderungen an Hauptangebote	4
	A 2.2 Nebenangebote	4
A.3	Spezifikationen/Prüfungen/Nachweise/Zertifikate	4
A.4	Vertragslaufzeit.....	4
	A 4.1 Option zur Verlängerung.....	5
A.5	Auftragsvolumen.....	5
	A 5.1 Abruf aus der Rahmenvereinbarung	5
A.6	Art und Umfang der Leistung	5
	A 6.1 Beschreibung und Lage der Objekte.....	6
	A 6.2 Vorbereitungstermin, Vororttermine, örtliche Einweisungen.....	6
	A 6.3 Allgemeine Bedingungen zur Ausführung.....	6
	A 6.4 Ausführungszeiten, Terminierung	6
	A 6.5 Sauberkeit und Ordnung.....	7
	A 6.6 Sicherungsmaßnahmen.....	7
	A 6.7 Arbeitskräfte, Maschinen, Geräte, Materialien	7
	A 6.8 Lager- und Arbeitsflächen.....	7
	A 6.9 Anlagen im Baubereich.....	8
	A 6.10 Anschlüsse für Strom und Wasser.....	8
	A 6.11 Baumschutz.....	8
	A 6.12 Bautagesberichte.....	8
	A 6.13 Unterbrechungen	9
	A 6.14 Handlungsgrundlage.....	9
	A 6.15 Bereitstellung der Hard- und Software sowie Datenschnittstellen	9
A.7	Fach- und Sachkunde.....	9
A.8	Verkehrssicherungspflicht.....	10
A.9	Eignung	10
	A 9.1 Betriebshaftpflichtversicherung.....	11
	A 9.2 Gesamtumsatz	11
A.10	Vergütung.....	11
A.11	Rechnungsstellung/Zahlungsbedingungen	12
A.12	Zuschlagskriterium.....	12

Die Leistungsbeschreibung ist Bestandteil des Angebotes
--

A.13	Kündigung	12
A.14	Einschaltung von anderen Unternehmen/Eignungsleihe	13
A.15	Vorbehalt des Rückgriffs auf frühere Angebote.....	13

Teil A: Vorbemerkungen

A.1 Allgemeines / Gegenstand der Ausschreibung

Die Stadt Hamm (Auftraggeber) schreibt die Rahmenvereinbarung zur Pflege städtischer Bäume auf Liegenschaften der Stadt Hamm in einem Offenen Verfahren aus.

Die Anforderungen an die Leistung ergeben sich aus dieser Leistungsbeschreibung und den Leistungsverzeichnissen der einzelnen Lose.

Die mündliche und schriftliche Kommunikation zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber, sowie die der Auftragnehmer der einzelnen Lose untereinander ist ausnahmslos in deutscher Sprache zu führen.

A.2 Form und Inhalt des Angebotes

Die Ausschreibung erfolgt in 12 Losen:

Los Nr.	Beschreibung
1	Baumpflege an Straßen im Bezirk Mitte
2	Baumpflege an Straßen in den Bezirken Uentrop, Rhynern, Pelkum und Herringen
3	Baumpflege an Straßen in den Bezirken Bockum-Hövel und Heessen
4	Baumpflege in Grünanlagen im Bezirk Mitte
5	Baumpflege in Grünanlagen in den Bezirken Uentrop, Rhynern, Pelkum, Herringen
6	Baumpflege in Grünanlagen in den Bezirken Bockum-Hövel, Heessen
7	Baumpflege auf Sportanlagen
8	Baumpflege auf öffentlichen Spiel- und Bolzplätzen und Skateranlagen
9	Baumpflege an öffentlichen Gebäuden und Parkplätzen
10	Baumpflege an Schulen in den Bezirken Mitte, Uentrop, Rhynern und Pelkum
11	Baumpflege an Schulen in den Bezirken Heessen, Bockum-Hövel und Herringen
12	Baumpflege auf Friedhöfen

Die Angebote können für ein Los, mehrere Lose oder alle Lose eingereicht werden.

Die Zuschlagserteilung je Bieter wird auf maximal 4 Lose begrenzt. Die Wertung des Angebotes zur Zuschlagserteilung der einzelnen Lose erfolgt dabei in numerischer Reihenfolge der Lose.

A 2.1 Anforderungen an Hauptangebote

Aus den vorgelegten Angebotsunterlagen muss eindeutig erkennbar sein, dass die in der Leistungsbeschreibung und den Leistungsverzeichnissen der jeweiligen Lose dargestellten Anforderungen erfüllt werden.

Der Bieter darf nur die Leistungen in seinem Angebot berücksichtigen, die in den Vergabeunterlagen definiert wurden. Zusätzliche bzw. andere Leistungen, die nach Ermessen des Bieters erforderlich erscheinen, dürfen nicht angeboten werden.

Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen führen zum zwingenden Ausschluss des Angebots (§ 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV).

A 2.2 Nebenangebote

Nebenangebote sind Leistungen, die nicht in den Ausschreibungsunterlagen vorgesehen sind. Sie umfassen jede Abweichung vom geforderten Angebot.

Nebenangebote müssen im Vergleich zur Leistungsbeschreibung qualitativ und quantitativ gleichwertig sein. Die Gleichwertigkeit ist mit dem Nebenangebot nachzuweisen. Sonst können sie nicht berücksichtigt werden.

In dieser Ausschreibung sind Nebenangebote nicht zugelassen.

A.3 Spezifikationen/Prüfungen/Nachweise/Zertifikate

Der gesamte Leistungsumfang muss zum Zeitpunkt der Ausführung den neuesten einschlägigen Bestimmungen und Vorschriften sowie den allgemein anerkannten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) entsprechen.

In der Leistungsbeschreibung und in den Leistungsverzeichnissen der jeweiligen Lose wird auf nationale, technische Spezifikationen, Zulassungen und Normen Bezug genommen. Für diese gilt – auch wenn ausdrücklich nicht erwähnt – jeweils der Zusatz „oder gleichwertig“.

Die Gleichwertigkeit ist wie folgt definiert:

Technische Bezugssysteme, Spezifikationen, Zulassungen und Normen anderer Staaten der EG werden ebenfalls anerkannt, wenn der Bieter die Abweichungen in seinem Angebot entsprechend kennzeichnet und das Angebot den vorgegebenen technischen Anforderungen gleichermaßen entspricht.

Der Nachweis der Gleichwertigkeit ist von einer anerkannten Institution zu erbringen und dem Angebot beizufügen.

A.4 Vertragslaufzeit

Die Rahmenvereinbarung tritt am 01.10.2026 in Kraft und endet, ohne dass es einer Kündigung bedarf am 31.12.2027.

Einzelabrufe, die vor Ablauf der Vertragslaufzeit erfolgen, werden noch auf der Grundlage dieser Rahmenvereinbarung ausgeführt, auch wenn die Leistung erst nach Ablauf der Vertragslaufzeit erfolgt. Maßgebend hierfür ist das Datum des Einzelabrufs (Auftragsdatum des Auftraggebers).

Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt vorbehalten.

Siehe dazu Teil A, A.13 Kündigung.

A 4.1 Option zur Verlängerung

Der Auftraggeber behält sich vor Optionen auszuüben und die Rahmenvereinbarung zu den Konditionen dieser Ausschreibung nach Ablauf der Vertragslaufzeit maximal 3-mal um bis zu insgesamt 33 Monate (i.d.R. in zweimal 12-Monats-Intervallen und einem 9-Monats-Intervall) zu verlängern. Die Option wird durch den Auftraggeber spätestens 3 Monate vor Vertrags- bzw. Optionsablauf schriftlich ausgeübt.

Auch im Falle der Ausübung der Optionen endet der Vertrag mit Ablauf des Optionszeitraumes, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Der Vertrag endet somit nach Ablauf des Optionszeitraumes spätestens am 30.09.2030 automatisch.

A.5 Auftragsvolumen

Die in den Leistungsverzeichnissen zu den jeweiligen Losen genannten Mengen wurden auf Basis einer Bedarfskalkulation ermittelt und sind die Grundlage zur Ermittlung des Auftragsvolumens pro Jahr.

Die genaue Anzahl der benötigten Baumpflegemaßnahmen wird sich erst im Laufe der Vertragslaufzeit herausstellen.

Eine Verpflichtung zur Abnahme dieses Auftragsvolumens resultiert aus der Auftragsvergabe nicht. Mindermengen sowie Mehrmengen sind hinzunehmen und führen nicht zu einer Korrektur der Einzelpreise.

Die Höchstgrenze für weitere durchzuführenden Baumpflegemaßnahmen beträgt 20 % des in der Bedarfskalkulation ermittelten Auftragsvolumens.

A 5.1 Abruf aus der Rahmenvereinbarung

Die Beauftragung der Teilleistungen erfolgt per Abruf aus der Rahmenvereinbarung durch den Auftraggeber.

Die Leistung muss in Teilmengen erfolgen, deren Umfang und Zeitpunkt durch den Bedarf des Auftraggebers im Abruf bestimmt werden.

Jede Leistung setzt eine gesonderte Bestellung (Abruf aus der Rahmenvereinbarung) voraus. Dabei kann es auch zum Abruf von Einzelaufträgen kommen.

Die Anzahl der Einzelabrufe je Standort, die Art der Leistungen, der Umfang und das Volumen können stark variieren.

Der Abruf erfolgt elektronisch. Es werden alle notwendigen Daten (Auftragsnummern, Titel, Örtlichkeit, Kontakte, Leistungspositionen usw.) elektronisch übermittelt. Hierzu und zu Dokumentationszwecken erhält der Auftragnehmer ein Mobilgerät (Smartphone ähnlich) mit entsprechender hauseigener Software (VIA VIS) des Auftraggebers.

A.6 Art und Umfang der Leistung

An den insgesamt ca. 62.200 Bäumen im Stadtgebiet der Stadt Hamm sind im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht Pflegemaßnahmen und Baumfällungen durchzuführen.

Die Leistungen sind nach den geltenden Richtlinien und Vorschriften in ihrer jeweils gültigen Fassung durchzuführen.

Es gelten die „Zusätzlichen Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Baumpflege (ZTV-Baumpflege)“.

Es gelten das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), das Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) und im Besonderen die Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung (32.BImSchV).

Die Ausführung erfolgt unter erschwerten Bedingungen, im Gefahrenbereich der Fahrbahn, unter Berücksichtigung des Fahrbetriebes von Kraftfahrzeugen an allen Tagen.

A 6.1 Beschreibung und Lage der Objekte

Die Baumstandorte befinden sich innerhalb des Stadtgebietes der Stadt Hamm auf Liegenschaften der Stadt Hamm. Die Liegenschaften sind über ausgebauten Straßen zu erreichen.

A 6.2 Vorbereitungszeitraum, Vororttermine, örtliche Einweisungen

Zu Beginn des Vertragszeitraums findet ein Vorbereitungszeitraum im Technischen Rathaus, Gustav-Heinemann-Straße 10, 59065 Hamm zur Detailklärung der Auftragsdurchführung statt.

In diesem Termin werden die genauen Maßnahmenpakete zwischen dem Auftragnehmer und dem Auftraggeber abgestimmt.

Gegebenenfalls sind zusätzliche Vororttermine vom Auftragnehmer wahrzunehmen.

Fehler in der Ausführung durch Unkenntnis in der Örtlichkeit gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

Die örtliche Einweisung erfolgt durch den Auftraggeber.

A 6.3 Allgemeine Bedingungen zur Ausführung

Alle Arbeiten sind vor Ausführungsbeginn beim Auftraggeber anzuzeigen.

Die Arbeiten sind gemäß des vom Auftraggeber erteilten Abruf am jeweiligen Standort durchzuführen. Unter Umständen sind an verschiedenen Standorten gleichzeitig, bzw. zeitnah mehrere Aufträge zu bearbeiten. Es ist vom Auftragnehmer dafür zu sorgen, dass diesem Umstand Rechnung getragen wird und im Bedarfsfall mehrere Kolonnen für diese Arbeiten zur Verfügung stehen.

A 6.4 Ausführungszeiten, Terminierung

Die Leistungen eines Abrufes sind, wenn nicht anders im Abruf terminiert, spätestens innerhalb von 30 Kalendertagen nach Abruf fertigzustellen.

Die Arbeiten sind mindestens drei Werktage vor Ausführungsbeginn beim Auftraggeber anzumelden. Wenn die vom Auftraggeber vorgegebene Terminierung zu Problemen führt, ist dieses dem Auftraggeber jeweils unverzüglich, schriftlich per E-Mail mitzuteilen.

Besonderheiten:

Los 10 und 11 - Baumpflege an Schulen:

Die Ankündigungsfrist beim Auftraggeber beträgt sechs Werktage vor Ausführungsbeginn.

Vor dem Betreten der Schulgelände zur Durchführung der Arbeiten muss eine Anmeldung beim Schulhausmeister oder Schulvorzimmer erfolgen. Die entsprechenden Kontaktdaten befinden sich im Schulverzeichnis der Stadt unter folgendem Link: [Schulverzeichnis Stadt Hamm](#).

Los 12 - Baumpflege auf Friedhöfen:

Vor der Durchführung der Arbeiten auf einem Friedhof muss eine Anmeldung beim örtlichen Friedhofsgärtner erfolgen.

In Zeiten in denen Beerdigungen auf dem Friedhof stattfinden, muss die Arbeit für diese Zeit ruhen.

A 6.5 Sauberkeit und Ordnung

Die Arbeitsbereiche sind sauber zu hinterlassen und täglich aufzuräumen, so dass keine Unfallgefahren entstehen.

A 6.6 Sicherungsmaßnahmen

Die Arbeitsbereiche sind durch entsprechende Einrichtungen zu sichern.

Der Einsatz von Sicherungsmaßnahmen ist mit dem Auftraggeber zuvor abzustimmen.

Die Kosten sind bei Tagesbaustellen nicht gesondert abzurechnen und sind mit der Baustelleneinrichtung abgegolten.

Zur Absicherung länger dauernder Pflegemaßnahmen (ab zwei vollen Tagen) sind entsprechende Positionen im Leistungsverzeichnis vorgesehen und können abgerechnet werden.

A 6.7 Arbeitskräfte, Maschinen, Geräte, Materialien

Die Baustelle ist dem Arbeitsumfang entsprechend mit Maschinen und Geräten zu besetzen. Das gleiche gilt für den Einsatz von Arbeitskräften.

Der Auftragnehmer hat für jede Baustelle einen Vorarbeiter einzusetzen. Der vom Auftragnehmer bestellte Vorarbeiter hat ständig während der Durchführung der Arbeiten auf der Baustelle anwesend zu sein.

Fahrzeuge und Maschinen müssen sich in einem technisch einwandfreien Zustand befinden.

Alle für die Ausführung benötigten Materialien sind vom Auftragnehmer frei Verwendungsort zu liefern.

A 6.8 Lager- und Arbeitsflächen

Die Auswahl städtischer Lagerflächen ist mit dem Auftraggeber abzustimmen.

Darüber hinaus benötigte Flächen sind vom Auftragnehmer auf eigene Kosten zu beschaffen.

Eine Behinderung der Gewerks-Erstellung anderer Unternehmen, bzw. eine Behinderung der regulären Nutzung von Parkanlagen, Verkehrsflächen, usw. durch Dritte muss bei der Lagerung vermieden werden. Wege und Verkehrsflächen sind bei Unterbrechung der Arbeiten für eine reguläre Nutzung besenrein zu halten.

Bei Stammholzlagerung verweist der Auftraggeber auf folgende Hinweise:

- Stammholz nicht über 2 m hoch lagern
- Stammholz mit einem Grenzabstand von mind. 0,5 m zu angrenzenden Privatgeländen lagern
- Stammholz sicher vor Herabrollen, Verrutschen, Verlagern der Stämme poltern
- Stammholz abseits von Wegen und Verkehrsflächen so lagern, dass ein Abtransport ohne größere Beeinträchtigung der o. g. Flächen stattfinden kann
- bei der Lagerung von Holzpoltern ist auf den Schutz anderer Bäume zu achten

A 6.9 Anlagen im Baubereich

Auf evtl. vorhandene Versorgungsleitungen, Kabel, Entwässerungsleitungen und dergleichen ist bei den Bauarbeiten (Baumpflegearbeiten/ -fällungen) zu achten.

Der Auftragnehmer hat sich vor Baubeginn mit den zuständigen Ver- und Entsorgungsträgern sowie dem Auftraggeber in Verbindung zu setzen und sich nach Lage, Art und Umfang der Anlagen zu erkundigen und einweisen zu lassen.

Die Organisation sowie Koordination mit allen Leitungsträgern bei evtl. Leitungsverlegungen ist Sache des Auftragnehmers und wird nicht gesondert vergütet. Die dadurch entstehenden Behinderungen und Erschwernisse werden, soweit sie nicht explizit ausgeschrieben sind, nicht gesondert vergütet.

Bei der Durchführung der Baumaßnahmen sind die Weisungen der Leitungsträger zu beachten. Erforderlichenfalls ist eine Aufsicht bei der zuständigen Stelle anzufordern. Eine Einweisung durch den Auftraggeber findet nicht statt.

Alle Maßnahmen zum Schutz der vorhandenen Leitungen hat der Auftragnehmer im Einvernehmen mit den Leitungsträgern und in deren Auftrag zu treffen.

Für Schäden an Leitungen, Kabeln und sonstigen Anlagen ist der Auftragnehmer haftbar, sofern diese durch ihn verschuldet wurden. Die Kabelschutzanweisungen der Leitungsträger sind zu beachten und anzuwenden.

A 6.10 Anschlüsse für Strom und Wasser

Anschlüsse für Strom und Wasser sind auf den Baustellen nicht vorhanden und werden vom Auftraggeber nicht zur Verfügung gestellt. Die Kosten für die Erstellung des Anschlusses werden nicht gesondert vergütet.

A 6.11 Baumschutz

Die im Baustellenbereich stehenden Bäume sind vor jeglicher Beschädigung gemäß der DIN 18920 und RAS-LP 4 zu schützen. Für etwaige Beschädigungen ist der Auftragnehmer schadenersatzpflichtig. Vom Auftragnehmer schuldhaft verursachte Beschädigungen an befestigten und unbefestigten Flächen, Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen muss der Auftragnehmer Schadensersatz leisten, Bewertungsmethode nach Methode Koch.

A 6.12 Bautagesberichte

Bautagesberichte sind täglich zu führen und mit Rechnungsstellung beim Auftraggeber abzugeben.

Besonderheiten:

Los 10 und 11 - Baumpflege an Schulen:

Die Bautagesberichte sind vor Ort von den Schulhausmeistern oder ihren Vertretern gegen zu zeichnen.

Los 12 - Baumpflege auf Friedhöfen:

Die Bautagesberichte sind vor Ort von den städtischen Friedhofsgärtnern oder ihren Vertretern gegen zu zeichnen.

A 6.13 Unterbrechungen

Unterbrechungen der Tätigkeit an einem Ort sind mit dem Auftraggeber abzustimmen.

A 6.14 Handlungsgrundlage

Die Handlungsgrundlage (Auftrag, verkehrsrechtliche Anordnung, usw.) ist bei Ausführung der Leistungen im Stadtgebiet und auf der Baustelle mitzuführen, um Missverständnisse zu vermeiden. Mitarbeiter des Auftraggebers, des städtischen Ordnungsamtes, der Verkehrsbehörde und andere berechtigte Personen sind angehalten laufende Baustellen ohne Ankündigung zu kontrollieren.

A 6.15 Bereitstellung der Hard- und Software sowie Datenschnittstellen

Während der Vertragslaufzeit wird dem Auftragnehmer ein Gerät zur Auftragserteilung (Abruf aus der Rahmenvereinbarung) ausgegeben. Die benötigte Hard- und Software wird dem Auftragnehmer durch den Auftraggeber kostenfrei zur Verfügung gestellt und muss zwingend zur Auftragserfüllung verwendet werden. Das ausgegebene Endgerät ist ein „Samsung Galaxy Note“ oder ähnlich.

Die Software dient zur Übermittlung von Aufträgen und Lokalisierung der einzelnen Bäume im Gelände.

Die Handhabung des Gerätes und der Software wird den Nutzern des Auftragnehmers durch den Auftraggeber persönlich in einem Vorbereitungstermin erläutert. Die ausführenden Mitarbeiter des Unternehmens müssen bei diesem Termin anwesend sein, damit die Zugänge zur Software personalisiert übergeben werden können. Bei einem Mitarbeiterwechsel muss der neue Mitarbeiter ebenfalls zu einem Einweisungstermin erscheinen, dieser ist rechtzeitig mit dem Auftraggeber abzustimmen.

Die Übermittlung der Daten/das Abgleichen des Gerätes ist nur im Technischen Rathaus, Gustav-Heinemann-Str. 10, 59065 Hamm zu den Öffnungszeiten möglich.

Für die Datensicherheit sowie aus abrechnungstechnischen Gründen ist das Gerät mindestens einmal pro zehn Arbeitstage einem Datenabgleich zu unterziehen.

Das ausgehändigte Gerät muss vom Auftragnehmer für die Dauer des Vertrags betriebsbereit gehalten werden (Stromladungen, Meldung bei Störung an den Auftraggeber).

Ebenfalls dienen die auf den Geräten übermittelten Daten der einzelnen Maßnahmen dem Auftragnehmer grundlegend für dessen Rechnungsanfertigung.

A.7 Fach- und Sachkunde

Der Auftragnehmer versichert mit Abgabe des Angebotes, dass während des gesamten Vertragszeitraums das im Auftragsfall eingesetzte Personal sachkundig mit entsprechender persönlicher Schutzausrüstung ausgerüstet, gemäß beim Auftragnehmer vorhandener Betriebsanweisung unterwiesen ist und den qualitativen Anforderungen entspricht.

Mindestens ein auf der Einsatzstelle anwesender Mitarbeiter muss über die Fachkunde zur Verkehrssicherung von Arbeitsstellen an Straßen (MVAS 99) verfügen.

Alle Mitarbeiter, die mit der Kettensäge arbeiten müssen über den Lehrgang AS Baum 1 der SVLFG bzw. über die Module A und B der Unfallkasse NRW verfügen. Bei Arbeiten mit der Kettensäge in Verbindung mit einer Hubarbeitsbühne ist der Lehrgang AS Baum 2 der SVLFG bzw. das Modul C der Unfallkasse NRW erforderlich.

Eine entsprechende Erklärung ist im Leistungsverzeichnis vorzunehmen.

Die Stadt Hamm behält sich vor, während der Vertragslaufzeit entsprechende Nachweise zur Fach- und Sachkunde der eingesetzten Mitarbeiter anzufordern. Der Auftragnehmer hat diese innerhalb von sechs Kalendertagen vorzulegen.

A.8 Verkehrssicherungspflicht

Die zu erbringenden Arbeiten finden im Bereich des öffentlichen Geh-, Rad- und Straßenverkehrs statt. Für die Arbeiten ist daher eine verkehrsrechtliche Anordnung im vereinfachten Verfahren als Jahresgenehmigung gem. Abschnitt A 1.3.1 Nr. 10 der RSA-95 bei der Straßenverkehrsbehörde einzuholen.

Der Antrag ist rechtzeitig, mindestens zwei Wochen vor Aufnahme der Arbeiten bei der Straßenverkehrsbehörde einzureichen.

Straßenverkehrsbehörde
Gustav-Heinemann-Straße 10
59065 Hamm
Tel. 0 23 81 - 17 4665

Das Antragsformular kann auf der Internetseite der Stadt Hamm abgerufen werden:

<https://www.hamm.de/verkehr/strassennutzung/genehmigungen/ueberblick>

Die Genehmigung berücksichtigt Arbeitsstellen von kürzerer Dauer an innerörtlichen sowie an Landstraßen.

Für Arbeiten an innerörtlichen Straßen mit Geschwindigkeitsbegrenzung bis 30km/h gilt der Regelplan B IV/1.

Für Arbeitsstellen kürzerer Dauer auf Landstraßen und innerörtlichen Straßen mit Geschwindigkeitsbegrenzung größer gleich 50km/h findet der Regelplan BIV/2 Anwendung.

Unter Beachtung der Jahresgenehmigung ist die Durchführung jeder Einzelmaßnahme mindestens drei Werktage vor Aufnahme der Arbeiten formlos per Fax oder E-Mail unter Angabe der Örtlichkeit, des Ausführungstermins, der Dauer der Maßnahme und des zur Anwendung vorgesehenen Verkehrsregelplans bei der Straßenverkehrsbehörde anzumelden.

Die Jahresgenehmigung ist auf der Baustelle bereitzuhalten und gegen Verlangen vorzuzeigen.

A.9 Eignung

Es werden nur Bieter berücksichtigt, die die für die zu vergebende Leistung nötige Leistungsfähigkeit und Fachkunde besitzen und diese nachgewiesen haben und die nicht nach §§ 123 oder 124 GWB ausgeschlossen werden.

Der Bieter wird berücksichtigt, sofern er zudem einen Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit nach § 45 VgV nachweist.

A 9.1 Betriebshaftpflichtversicherung

Als Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit nach § 45 VgV und zur Sicherung etwaiger Ersatzansprüche hat der Auftragnehmer eine Betriebshaftpflichtversicherung in mindestens folgender Deckungshöhe vorzuhalten:

Personenschäden €	Sachschäden €	Vermögensschäden €
5.000.000 €	3.000.000 €	3.000.000 €

Die Höhe der bestehenden Versicherungssummen ist im Leistungsverzeichnis auf dem Tabellenblatt „Zusammenfassung“ vom Bieter anzugeben und auf besondere Anforderung innerhalb von 6 Kalendertagen nachzuweisen.

Sollte die Betriebshaftpflichtversicherung die vorgenannten Deckungssummen derzeit nicht erreichen, so ist der Bieter verpflichtet, im Falle der Zuschlagserteilung die Deckungssummen entsprechend zu erhöhen.

Im Auftragsfall muss die Bestätigung des Versicherers zur Anpassung der Versicherungssumme vor Zuschlagserteilung beim Auftraggeber eingereicht werden.

A 9.2 Gesamtumsatz

Als Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit nach § 45 VgV hat der Bieter im Leistungsverzeichnis auf dem Tabellenblatt „Zusammenfassung“ eine Eigenerklärung über den gesamten Jahresumsatz des Unternehmens bezogen auf die letzten zwei Geschäftsjahre (2024 bis 2025) zu erbringen.

Der Nachweis ist erbracht, wenn der Jahresumsatz mindestens 226.000,- € pro Jahr betrug.

A.10 Vergütung

Der Bieter hat in den Leistungsverzeichnissen der jeweiligen Lose die Preise pro Leistung anzugeben.

In den Preis der einzelnen Positionen des Angebotes sind sämtliche zur Erbringung des Leistungsumfangs notwendige Aufwände und Kosten (z.B. Arbeitslohn, Vorbereitung, Anfahrten, Personal, Maschinen, Transporte von Maschinen und selbstfahrenden Arbeitsgeräten, Maßnahmen zur Verkehrssicherung, Meldung der Arbeitsstellen an die Straßenverkehrsbehörde etc.) und der Abtransport sowie die Entsorgung des Schnitt- / Fällguts einzukalkulieren.

Bei den anzubietenden Preisen handelt es sich um Festpreise, die für den gesamten Durchführungszeitraum Gültigkeit haben.

Die Kosten für die Jahresgenehmigung der verkehrsrechtlichen Anordnung einschließlich der anfallenden Gebühren ist nicht in den Preis einzukalkulieren.

Der Aufwand, der sich aus der Meldung der Einzelmaßnahmen an die Straßenverkehrsbehörde und den konkreten Maßnahmen zur Verkehrssicherung ergibt, ist in die Preise einzukalkulieren.

A.11 Rechnungsstellung/Zahlungsbedingungen

Die Rechnungslegung erfolgt nach Erfüllung der Leistung als monatliche Sammelrechnung je Los.

Die Kosten inklusive aller anfallenden Gebühren für die Jahresgenehmigung der verkehrsrechtlichen Anordnung werden gesondert abgerechnet und sind einmal pro Jahr separat in Rechnung zu stellen.

Um eine schnelle Rechnungsbearbeitung zu gewährleisten und papiersparender zu arbeiten, setzt die Stadt Hamm vorzugsweise auf E-Rechnungen im Standard XRechnung.

Die Annahme erfolgt über das E-Rechnungsportal Nordrhein-Westfalen.

Die für die Einreichung der E-Rechnung erforderlichen Informationen können der beigefügten Anlage „Informationen zur eRechnung.pdf“ entnommen werden.

Auf der Rechnung muss die SAP-Bestellnummer eindeutig aufgeführt sein. Die Stadt Hamm behält sich vor, Rechnungen ohne SAP-Bestellnummer zurückzuweisen.

Die Zahlung erfolgt innerhalb von 30 Tagen nach Rechnungseingang netto bzw. innerhalb von 14 Tagen unter Abzug des im Leistungsverzeichnis/Preisblatt anzugebenden Skontos.

Ein Preisvorbehalt wird ausschließlich für die gesetzliche Mehrwertsteuer vereinbart.

A.12 Zuschlagskriterium

Die Zuschlagserteilung erfolgt jeweils auf den Bieter, der das wirtschaftlichste der wertbaren Angebote abgegeben hat (100 % Preis).

Voraussetzung für die Wertung ist, dass alle im Rahmen der Vergabeunterlagen gestellten Anforderungen erfüllt sind und ein wertbares Angebot gemäß §§56 - 58 VgV vorliegt.

Sofern ein Bieter in mehreren Losen das wirtschaftlichste der wertbaren Angebote abgibt, erfolgt die Zuschlagserteilung in der numerischen Reihenfolge der Lose.

Sollte bei zwei Bietern Preisgleichheit bestehen erfolgt die Zuschlagsentscheidung nach Losentscheid.

A.13 Kündigung

Jeder Vertragspartner ist berechtigt, den Vertrag beim Vorliegen eines wichtigen Grundes fristlos zu kündigen. Ein wichtiger Grund ist für den Auftraggeber insbesondere dann gegeben, wenn

- der Auftragnehmer nicht mehr in der Lage ist, die für die Durchführung der Aufträge notwendigen personellen und technischen Voraussetzungen in ausreichender Zahl bereitzustellen,
- der Auftragnehmer die ordnungsgemäße und pünktliche Abwicklung der Leistungen nicht mehr gewährleisten kann,
- der Auftragnehmer grob fahrlässig, fahrlässig oder trotz Abmahnung wiederholt gegen die Bestimmungen des Vertrages (insbesondere Verzug beim Datenabgleich zur Datensicherung) verstößt.
- über das Vermögen des Auftragnehmers das Insolvenzverfahren o. ä. eröffnet wird.

Die Kündigung muss schriftlich unter Angabe der Gründe erfolgen. Die sonstigen gesetzlichen und vertraglichen Rechte des Auftraggebers bleiben hiervon unberührt. Im Übrigen gelten die Bedingungen des BGB.

A.14 Einschaltung von anderen Unternehmen/Eignungsleihe

Es ist zulässig, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen (Unterauftragnehmer) oder sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen (Eignungsleihe).

Hierzu wird auf Ziffer 6 der zur Verfügung stehenden Bewerbungsbedingungen der Stadt Hamm und auf Ziffer 4.3 der Zusätzlichen Vertragsbedingungen der Stadt Hamm (ZVB-VOL) verwiesen.

A.15 Vorbehalt des Rückgriffs auf frühere Angebote

Der Auftraggeber behält sich vor, die Ausführung des Auftrages in der Reihenfolge des Ausschreibungsergebnisses den Bietern anzutragen, die im Vergabeverfahren ein wirtschaftlich annehmbares Angebot abgegeben haben, wenn der Auftragnehmer wegen Kündigung oder aus anderen Gründen endgültig ausfällt.

Teil B: Vorzulegende Nachweise / Erklärungen / sonstige Unterlagen

Lfd. Nr.	Art des geforderten Nachweises bzw. der Erklärung	Mit dem Angebot	Auf bes. Anforderung innerhalb von 6 Kalender- tagen
1.	Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit nach § 45 VgV		
1.1	Erklärung des Bieters über den Gesamtumsatz (Eintragung im Leistungsverzeichnis) seines in den letzten zwei Geschäftsjahren. Der Nachweis ist erbracht, wenn der Jahresumsatz mindestens 226.000,- € pro Jahr betrug.	X	
1.2	Nachweis über die Höhe des Gesamtumsatzes der letzten zwei Geschäftsjahre		X
1.3	Erklärung zur Betriebshaftpflichtversicherung (Eintragung im Leistungsverzeichnis), dass im Auftragsfall die Bestätigung des Versicherers zur Anpassung der auftragsbezogenen Versicherungssumme vor Zuschlagserteilung beim Auftraggeber eingereicht wird. <u>Geforderte Deckungssummen:</u> Personenschäden: 5.000.000,- € Sachschäden: 3.000.000,- € Vermögensschäden: 3.000.000,- €	X	
1.4	Nachweis über die Betriebshaftpflichtversicherung		X
1.5	<u>nach § 46 Abs. 3 Ziffer 10 VgV:</u> Bei Einschaltung anderer Unternehmen	X	
1.5.1	Angaben gem. Vordruck „ Eigenerklärung zur Leistungsübertragung an Nachunternehmen / zur Eignungsleihe “	X	
1.5.2	<u>Bei Eignungsleihe:</u> Angaben gem. Vordruck „ Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen “ Diese Erklärung ist vom anderen Unternehmen gesondert zu unterschreiben.	X	

Die Leistungsbeschreibung ist Bestandteil des Angebotes

Bei präqualifizierten Bietern genügt der Hinweis auf die Eintragung in der Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich oder in einem gleichwertigen Verzeichnis anderer EU-Mitgliedstaaten, wenn und soweit sich die zuvor genannten Angaben aus diesem Verzeichnis ergeben. Der Auftraggeber behält sich vor, bei begründeten Zweifeln an der Richtigkeit der Eigenerklärung bzw. der entsprechenden Angaben im Präqualifikations- oder gleichwertigen Verzeichnis von den in die engere Wahl genommenen Bietern im Wege der Aufklärung die Vorlage geeigneter Nachweise zu verlangen. Der Auftraggeber akzeptiert als vorläufigen Nachweis zu lfd. Nr. 1 und 2 auch eine ausgedruckte **Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE)**.

Lfd. Nr.	Art des geforderten Nachweises bzw. der Erklärung	Mit dem Angebot	Auf bes. Anforderung innerhalb von 6 Kalendertagen
2.	Sonstige einzureichende Unterlagen/Angaben/Bemusterung -Die Erklärungen sind ggf. gesondert zu unterschreiben-		
2.1	Vordruck „Angebot“	X	
2.2	Bieterfragebogen (Vordruck)	X	
2.3	Eigenerklärung des Bieters zu Ausschlussgründen	X	
2.4	Eigenerklärung des Bieters zum Bezug zu Russland	X	
2.5	Leistungsverzeichnisse (Vordruck)	X	
2.6	<u>Bei Nachunternehmereinsatz:</u> Angaben gem. Vordruck „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen“ Eigenerklärung des Bieters zum Bezug zu Russland	X	
2.7	<u>Bei Eignungsleihe:</u> Eigenerklärung des Bieters zu Ausschlussgründen für das andere Unternehmen Eigenerklärung des Bieters zum Bezug zu Russland		X
2.8	<u>Bei der Bildung von Bietergemeinschaften ist:</u> eine Bietergemeinschaftserklärung (Vordruck) vorzulegen. die unter lfd. Nr. 2.1 angeführte Referenzliste (im Vordruck Bieterfragebogen) ist von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft für die zu übernehmende Teilleistung vorzulegen. Für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft ist darüber hinaus eine Eigenerklärung des Bieters zu Ausschlussgründen (lfd. Nr. 3.3) und zum Bezug des Bieters zu Russland (lfd. Nr. 3.4) einzureichen.	X	
2.9	<u>Nach Zuschlagserteilung:</u> Benennung des Verantwortlichen für die Sicherung von Arbeitsstellen und Nachweis, dass der Verantwortliche für die Sicherung von Arbeitsstellen nach MVAS 99 über die Qualifikation verfügt		X

Die Nachweise sind auf besondere Anforderung als Original vorzulegen.

Für den Zeitpunkt der Anforderung durch den Auftraggeber ist maßgeblich das Datum der Versendung per Telefax bzw. der dokumentierten Kommunikation über das Bietertool des Vergabemarktplatzes Nordrhein-Westfalen –www.evergabe.nrw.de–.

Die Stadt Hamm behält sich die Nachforderung nicht vorgelegter Erklärungen und Nachweise gemäß § 56 VgV vor.

Die Leistungsbeschreibung ist Bestandteil des Angebotes